

Die **PARTEI**

Hochschulgruppe

Antragsteller: Die PARTEI-Hochschulgruppe Gießen

Antragsinhalt: Das Studierendenparlament möge eine Resolution mit folgendem Inhalt beschließen:

„Das Studierendenparlament fordert die Abschaffung der Anwesenheitspflicht in Seminaren und Vorlesungen für im Nebenerwerb dealende und / oder sich prostituierende Studierende.“

Zur Begründung der Eilbedürftigkeit:

Dramatische Zuspitzung in Gießen.

Seit nunmehr einer Woche erlebt der Preis für Marihuana in Gießen einen eklatanten Preisverfall. Hierdurch sind die Gewinnmargen vieler dealender Studierenden bedroht und schmälern diese immens! Daher muss das Studierendenparlament der JLU Gießen sofort ein politisches Statement abgeben, welches den Nöten der Studierenden gerecht wird.

Zum Hintergrund und zur Begründung des Antrags:

Hintergrund dieser menschenunwürdigen Situation ist die prekäre Situation vieler Studierenden in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Universität und einem Job zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts.

Der Gesetzgeber meint die BAföG-Bedarfsätze reichten zum Leben. Eine Studierendenstadt jedoch, welche ihren Studierenden keine vernünftigen Jobs zu fairen Bedingungen bietet, treibt viele Studierende in das „Grüne-Gewerbe“ oder sogar in das „Horizontalen-Gewerbe“.

Dies führt zu Problemen bezüglich der Vereinbarkeit von universitären Verpflichtungen und lebenssicherndem Nebenerwerb. Und da nicht alle einen gammligen Job beim ASTA haben können, in dem die Planung einer „Bier-Happy-Hour“ und „Fotos mit dem ASTA-Vorsitzendem“ zu den anspruchsvollen Aufgaben gehören, müssen vielen Studierenden diesen menschenunwürdigen Weg gehen.

Eine tiefergehende Begründung kann gerne mündlich erfolgen.

Ahoi sagt,

